



Interviews

Datum: 07. März 2024

Philipp May im Gespräch mit Michael Stübgen

Philipp May: Am Telefon ist jetzt Brandenburgs Innenminister Michael Stübgen von der CDU. Guten Morgen, Herr Stübgen.

Michael Stübgen: Guten Morgen, Herr May.

May: Warnen Sie auch vor Alarmismus, oder sollten wir alarmiert sein?

Stübgen: Nein, alarmiert müssen wir sein, weil dieser Anschlag vorgestern früh hat gezeigt, dass wir in Deutschland viele solcher neuralgischen Infrastrukturpunkte haben, die faktisch nicht geschützt sind. Alarmismus bedeutet, dass wir in Panik verfallen. Das sollten wir nicht. Wir müssen analysieren, wo solche neuralgischen Infrastrukturpunkte sind, wo man mit sehr einfachen Mitteln, wenn man weiß, wo die sind, wie dieser eine Strommast dort in der Nähe von Grünheide, mit sehr geringem Aufwand größten Schaden anrichten kann, wie wir diese Bereiche besser schützen können und durch Redundanzsysteme auch Auswirkungen von solchen Anschlägen reduzieren können.

May: Dazu kommen wir gleich noch, wie wir das ganz konkret machen. – Gehen wir noch mal auf den konkreten Fall. Es gibt ein Bekennerschreiben einer als linksextremistisch eingestuften Vulkan-Gruppe. Daran gibt es keine Zweifel mehr, dass die das auch wirklich waren?

Stübgen: Unser Staatsschutz hält dieses Bekennerschreiben für echt, weil in diesem Schreiben verschiedene Anschlagsinterna drinstehen, die eigentlich nur diejenigen, die das ausgeführt haben, wissen können. Wir hatten mit der Vulkan-Gruppe auch 2021 schon zu tun in Brandenburg. Ob sie personenidentisch sind, das wissen wir nicht. Dort hat diese selbsternannte Vulkan-Gruppe auch einen Anschlag auf die Baustelle von Tesla verübt, auch auf ein Stromkabel. Und in Berlin gab es mehrere

Anschläge in den letzten Jahren auf die Bahn-Infrastruktur. Dort haben wir auch die Situation, dass viele hunderte Kilometer, tausende Kilometer Kabelschächte an den Bahnen vorbeigehen, die wirklich schwer zu schützen sind.

May: Was ist das denn genau für eine Gruppe? Sie haben schon gesagt, Sie wissen nicht, ob das immer die gleichen Personen sind. Was wissen Sie denn über die Gruppe?

Stübgen: Ermittlungserkenntnisse kann ich jetzt öffentlich hier nicht darstellen. Aber es ist eine Gruppe, die sich spezialisiert hat, Anschläge auf insbesondere Energie-Infrastruktur auszuüben. Und was wir auch genau wissen: Sie agiert, was die Anschläge in Brandenburg betrifft, aus Berlin heraus, sitzt dort offensichtlich auch mit ihren Personen, und agiert bundesweit, möglicherweise sogar international. Deshalb habe ich ja gestern schon gefordert, dass der Generalbundesanwalt die Ermittlungen an sich zieht. Wir sind mit unseren landespolizeilichen Möglichkeiten hier überfordert, den Verfolgungsdruck so aufzubauen, wie es notwendig ist.

May: Jetzt haben wir in den letzten Jahren viel über Rechtsextremismus gesprochen, teilweise auch über rechtsextrem verfestigte Strukturen, gerade teilweise auch in Brandenburg. Lief der Linksextremismus da ein bisschen unter dem Radar?

Stübgen: Der läuft bei uns nie unter dem Radar. In unseren jährlichen Verfassungsschutzberichten berichten wir ausführlich auch über die linksextremistische Szene, auch über die islamistische Szene. Aber Tatsache ist: In Brandenburg ist das Personenpotenzial im Linksextremismus unter 100. Wenn es Aktivitäten gibt – das hatten wir auch regelmäßig -, dann werden die nahezu immer aus Berlin gesteuert. Dort ist die linksextremistische Szene in ganz anderer Weise festgesetzt, wie wir auch jetzt an den Terroristen gemerkt haben, die dort jahrzehntelang untertauchen konnten.

May: Inwieweit eignet sich Tesla als Feindbild?

Stübgen: Tesla ist für viele, nicht nur für Extremisten – wir haben ja auch so ein Protest-Camp im Wald in der Nähe vom Tesla-Werk -, für viele so ein Symbol, was ich

selber nicht so ganz verstehe. Ich bin jetzt kein übermäßiger Fan von Elon Musk, aber dieses Werk produziert Elektroautos, die auf jeden Fall weniger umweltschädlich sind als Verbrennerfahrzeuge. Dieses Symbol scheint sehr stark zu wirken in viele Kreise der Linksextremisten und Linksradiكالen und deshalb ist dieses Ziel solcher Anschläge immer möglich. Aber ohne in Alarmismus zu verfallen, ist es so: Wir haben in Brandenburg – da habe ich mich gestern früh an unseren Wirtschafts- und Energieminister gewandt – viele solcher neuralgischen Infrastrukturpunkte, die wenig bis gar nicht geschützt sind, und hier ist es wichtig, dass wir sehr schnell analysieren, wo sind diese Punkte und wie kann man sie besser schützen, denn solche Anschläge werden nicht auf Tesla beschränkt bleiben.

May: Wenn Sie sagen, viele solcher Punkte, wissen Sie schon, wie viele? Haben Sie das analysiert? Haben Sie schon eine Bestandsaufnahme gemacht?

Stübgen: Nein, darum habe ich den Wirtschaftsminister gebeten. Wir werden auch nicht öffentlich darüber sprechen, weil bisher wissen ja auch wenige, wo solche neuralgischen Punkte sind. Nur wenn ich mir diesen Mast anschau: Das ist eine Anlage, wo ein Überlandkabel in die Erde verlegt und verteilt wird, und daran hängt das gesamte Tesla-Werk, das Edeka-Verteilzentrum und zigtausende Haushalte. Solche neuralgischen Punkte dürfen wir wohl in Zukunft nicht mehr völlig ungeschützt auf irgendeinem Feld stehen lassen.

May: Klingt ein bisschen blauäugig im Nachhinein. Oder ist es einfach so, man weiß es erst, wenn es passiert ist, dass das ein Risikopunkt ist?

Stübgen: Ja, danach ist man immer klüger. Aber seit vielen Jahrzehnten gibt es diese Punkte bundesweit und in allen Industrienationen der Welt, und sie waren bisher selten – mir ist es auf jeden Fall nicht bekannt – Ziel von solchen Anschlägen. Wir müssen jetzt sehen mit den neuen Erkenntnissen, weil wir wissen, dass es Gruppen gibt, die sich genau solche Punkte vornehmen, wie wir dort zu einem besseren Schutz kommen, und zwar möglichst bald.

May: wie stellen Sie sich das genau vor? Sollen an allen solchen Strommasten Polizeiautos patrouillieren oder wie soll dieser Schutz konkret aussehen?

Stübgen: Im Moment ist es so, dass gerade im Umfeld von Tesla unsere Polizei patrouilliert und diese anderen neuralgischen Punkte bewacht. Das ist aber nur eine Übergangssituation. Unsere Polizei ist nicht in der Lage, auch noch Strommasten 24/7 zu bewachen. Möglichkeiten gibt es zwei nach meiner Einschätzung, aber ich bin nicht der Experte als Innenminister dafür. Zum einen müssen wir bei den extrem neuralgischen Punkten wie zum Beispiel diesem Strommast auch zu einem physischen Schutz kommen, Zäune und Kameras. Zum zweiten – und daran arbeiten wir, was die Kommunikationsinfrastruktur betrifft für Brand- und Katastrophenschutz und für die Polizei – müssen wir Redundanzsysteme schaffen. Das heißt, dass nicht an einem Punkt die gesamte Stromversorgung sichergestellt wird, und wenn der erfolgreich angegriffen wird, dass der Strom komplett ausfällt, sondern dass andere Leitungen woanders als Ersatz, mindestens als Notersatz einspringen können, sogenannte Redundanzsysteme.

May: Das klingt ziemlich teuer in Zeiten knapper Kasse.

Stübgen: Das ist teuer, aber der Schaden, der jetzt entsteht oder entstanden ist und immer noch entsteht, ist auf jeden Fall viel höher.

May: Das mag ja sein, aber trotzdem muss das erst mal bezahlt werden. Können Sie ungefähr eine Abschätzung machen, wie teuer das wird?

Stübgen: Das kann ich im Moment überhaupt noch nicht und ich will auch dazu sagen, natürlich müssen wir als Staat dort unterstützen und helfen, auch die Analyse vorantreiben. Aber die Sicherung der eigenen Anlagen ist in erster Linie Aufgabe der Betreiber - das betrifft hier E.DIS als Energieverteiler -, aber auch der großen Unternehmen oder der Unternehmen selber, die sich auch schützen müssen. Das ist keine Sache, die nur der Steuerzahler erbringen muss. Wir sind in vielen anderen Bereichen, zum Beispiel verschärfte Zunahme von Cyber-Angriffen, nahezu täglich betroffen, dabei auch unseren Schutz auszubauen, und diese Mittel müssen wir dann einfach einsetzen. Aber die Industrie und die Wirtschaft muss das auch selber machen.

May: Die Bundesregierung plant ja ein Gesetz zum Schutz wichtiger Netze und Anlagen. Wie sieht da die Zusammenarbeit aus mit Ihnen, mit den Landesbehörden auch?

Stübgen: Es ist angekündigt worden, sehr kurzfristig von der Bundesregierung. Deswegen kenne ich das noch nicht. Aber wenn solche Referentenentwürfe gefertigt werden, kommen die auch immer sofort zu uns in die Länder und werden von uns dann auch bewertet, und wir geben auch Hinweise, diese Vorlagen dann zu verändern und zu verbessern.

May: In 99 Tagen beginnt die Europameisterschaft. Sind Sie froh, dass nicht in Brandenburg gespielt wird?

Stübgen: Froh bin ich nicht, aber ich bin ja auch im Moment Vorsitzender der Innenministerkonferenz und insofern habe ich auch sehr viel damit zu tun und wir Landespolizeien unterstützen uns auch. Zunächst freue ich mich, dass die Europameisterschaft in Deutschland ist, und die Rahmenbedingungen, entsprechende Sicherheit zu schaffen, sind notwendig und die werden wir auch umsetzen.

May: Aber lieber kein Flutlichtspiel?

Stübgen: Da kenne ich die Planungen nicht so genau. Soweit ich weiß, können wir – das ist ja nicht wie bei der letzten Weltmeisterschaft – das auf jeden Fall tagsüber alles machen, im Wesentlichen mit Tageslicht.

Äußerungen unserer Gesprächspartner geben deren eigene Auffassungen wieder. Der Deutschlandfunk macht sich Äußerungen seiner Gesprächspartner in Interviews und Diskussionen nicht zu eigen.